

Kommentar: [United States Court Of Appeals For The Ninth Circuit, *Juliana et al. v. USA*, No. 17-71692 D.C. No. 6:15-cv-01517- TC-AA OPINION, March 7, 2018.](#)

*Zusammenfassung: Im Fall *Juliana et al. v. USA*, machen 21 Kläger der neuen Generation eine Verletzung ihrer Grundrechte auf Leben und Eigentum geltend, um die Trump-Regierung zu zwingen, gegen den Klimawandel vorzugehen. Während das Bundesgericht von Oregon in erster Instanz die Zulässigkeit der Klage bereits mehrfach erklärt hatte, war es der Regierung schließlich gelungen, einen außerordentlichen Rechtsbehelf in dieser Hinsicht einzulegen. Dieser Antrag wurde jedoch von dem neunten Bundesberufungsgericht abgelehnt, und der Eintritt in die Beweisaufnahme wird nun deutlich wahrscheinlicher.*

Zusammen mit der Nichtregierungsorganisation [Our Children's Trust](#), haben 21 amerikanische minderjährige Bürger im Jahr 2015 eine verfassungsrechtliche Klage gegen die US-Bundesregierung wegen fehlender Klimaschutzmaßnahmen eingereicht. Dabei wird der Regierung sowohl eine fahrlässige als auch eine vorsätzliche Gefährdung der Grundrechte vorgeworfen: Die US-Regierung hat laut der Anklage den Energiesektor der fossilen Brennstoffe jahrzehntelang subventioniert, obwohl sie wusste, dass dies ein erhebliches Risiko für die Umwelt und die Amerikaner darstellte. Die Kläger machen damit eine Verletzung ihrer Grundrechte auf Leben und Eigentum geltend, die sich aus dem V. *Amendment* der amerikanischen Verfassung ergibt, sowie eine Verletzung des Prinzips des „*public trusts*“, das den Schutz von natürlichen Ressourcen wie die Atmosphäre dem Staat zuschreibt. Schließlich verlangen die Beschwerdeführer von der Regierung keinen Schadensersatz sondern bloß die Ergreifung von Maßnahmen um den Klimawandel gemäß den Anforderungen der Wissenschaft zu bekämpfen, damit ihre Rechte gesichert werden.

Das *District Court of Oregon* (erste Instanz) hat seine Zuständigkeit und die Zulässigkeit der Klage trotz der Einwände der *Obama-Administration* anerkannt. Nach der Wahl des neuen Präsidenten, hat das erstinstanzliche Gericht erneut [die Zulässigkeit der Klage bestätigt](#) und einen ersten [Prozesstermin am 5. Februar 2018 festgelegt](#). Dennoch legte die Trump-Administration eine außerordentliche Berufung ein. Dieser außerordentliche Rechtsbehelf ([*writ of mandamus*](#)) zielt darauf ab, den Beweisbeschluss des Bundesgerichts von Oregon anzufechten, indem ein offensichtlicher Beurteilungsfehler („*clear error*“) behauptet wird. Nach der [Entscheidung Cheney des Obersten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten](#), muss jedoch eine Usurpation der Macht oder ein klarer Missbrauch des richterlichen Ermessens vorliegen, um eine derartige Abhilfe zu beantragen. Eine Anhörung fand in dieser Angelegenheit am 11. Dezember 2017 vor dem US-Berufungsgericht für den 9. Circuit in San Francisco statt ([siehe Aufnahme](#)).

Um diesen besonderen Antrag zu begründen, behauptete die Regierung, dass die Klage vor dem Bundesgerichts von Oregon die Gewaltenteilung erheblich gefährdet und einen irreparablen Schaden verursachen könnte, der in Berufung nicht behoben werden könne. Die Regierung beanstandet somit die Klagebefugnis der Beschwerdeführer, indem sie behauptet, jeder Amerikaner könne einen solchen Anspruch geltend machen. In anderen Worten handelt es sich nach Ansicht der Regierung um eine politische Forderung, die nicht auf einer derartigen Auslegung der Verfassung beruhen kann, welche die Beschwerdeführer entwickelt haben (« *meritless claims as a matter of law* »). Darüber hinaus wird behauptet, dass die Beweisaufnahme die Regierung wegen der möglichen Vertraulichkeit der Dokumente unverhältnismäßig belasten wird. Es ist daran zu erinnern, dass die amerikanischen Regeln für den *Austausch* von Beweismitteln ("*discovery*") sich sehr von unseren unterscheiden. In der

Tat, alle für die Lösung des Falles relevanten Dokumente müssen grundsätzlich dem Richter und der anderen Partei offengelegt werden.

Ist der Klimawandel gerichtlich entscheidbar? Der Klimawandel betrifft möglicherweise alle Amerikaner. Warum sollte also ein Gericht die Klimapolitik festlegen, wenn das politische System demokratisch ist? Die Beschwerdeführer argumentierten, dass sie bereits von spezifischen Folgen des Klimawandels betroffen sind: Jeder von ihnen leidet an einer besonders schweren Verletzung, die sich vom Rest der Bevölkerung unterscheidet. Darüber hinaus, aufgrund ihres jungen Alters werden die Kläger in Zukunft noch stärker betroffen sein, da die Auswirkungen des Klimawandels sich noch stärker verspüren lassen werden. Um seine Anordnung über die Zulässigkeit der Klage zu begründen, hat sich das Bundesgericht von Oregon auf ein Zitat von Alexis de Tocqueville gestützt, aus dem Kapitel „Was zur Milderung der Mehrheitstyrannie in den Vereinigten Staaten beiträgt“ in seinem Buch *Über die Demokratie in Amerika*, nach dem es fast keine politische Frage in den Vereinigten Staaten gibt, die sich nicht früher oder später in eine gerichtliche Frage verwandelt.

Zu den Möglichkeiten des Berufungsgerichts des 9. Bezirks. Die drei Richter hatten zwei Möglichkeiten: den *Mandamus* anzuerkennen und damit die Klage abzuweisen oder, wie es die Beschwerdeführer forderten, zum Bundesgericht von Oregon zurückzukehren und mit dem Austausch von Beweismitteln anzufangen. Mit der einstimmigen Ablehnung des Antrags der Regierung legten die Richter des Berufungsgerichts einen sehr wichtigen Meilenstein in der Beilegung dieses Streits und im Kampf gegen den Klimawandel. Sie geben jedoch an, dass die Angeklagten in der Lage sein werden, alle üblichen Verfahrensregeln in Anspruch nehmen zu dürfen - einschließlich eines neuen derartigen *Mandamus*-Rechtsbehelfs -, um beispielsweise die Offenlegung von Dokumenten zu verhindern.

Obwohl ein *Mandamus* vor US-Gerichten bis jetzt nie Erfolg gehabt hat, ist es jedoch sicher, dass diese Art von Rechtsbehelfen den Prozess deutlich verzögern. Dabei stellt sich die Frage, ob solche Verfahrensregeln von der Regierung gezielt verwendet werden, um das Verfahren absichtlich zu verzögern. Allerdings besteht auch allein schon aufgrund der besonderen Konstellation des vorliegenden Falls Grund für die Intervention des Berufungsgerichts: Der Prozess wird nämlich von beiden Seiten als „Prozess des Jahrhunderts“ bezeichnet, und die Machtübernahme von Donald Trump, bekannt für seine klimaskeptischen Positionen, unterstreicht umso mehr den Bedarf nach einer Entscheidung von einer oberen Instanz.

Intervention der US Supreme Court? Der Bedarf nach zusätzlicher Legitimität wurde in der mündlichen Verhandlung vom 11. Dezember 2017 angesprochen. Der Richter Kozinski, der aufgrund sexueller Missbrauchsvorwürfe ersetzt werden musste, hatte eine Reihe von Fragen an die Anwältin der Klägern, Julia Olson, gestellt, um zu erfahren, ob die Zulässigkeit des Klagegrunds nicht von dem Obersten Gericht der Vereinigten Staaten entschieden werden müsste. Eine Auslegung der Verletzung der Verfassung zugunsten des Rechts auf ein stabiles Klima ist tatsächlich ein bedeutender Präzedenzfall für das US-amerikanische Rechtssystem, welcher außerdem äußerst wichtige politische Konsequenzen hätte. Aufgrund der beträchtlichen Auswirkungen dieses Rechtsstreits, ist es deshalb durchaus möglich, dass dieser Fall früher oder später vor dem amerikanischen Obersten Gerichtshof verhandelt wird.